

Medienkonferenz „Energiepolitik: Fakten und Forderungen der Schweizer Wirtschaft“

Dienstag, 17. Mai 2011

Es gilt das gesprochene Wort

Position der Wirtschaft zur Stromversorgung

Referat von Gerold Bührer, Präsident economiesuisse

Sehr geehrte Damen und Herren

Die Schweizer Wirtschaft würdigt die Besorgnis breiter Bevölkerungskreise um die aus Fukushima zu ziehenden Schlussfolgerungen. Die Ereignisse in Japan haben deutlich gemacht, dass auch unsere Volkswirtschaft verletzlich ist. Ein zentraler Nerv für unsere Unternehmen und ihre Arbeitsplätze ist die Energieversorgung, insbesondere die Versorgung mit Strom.

Eine verlässliche Stromversorgung und die Strompreise sind ein wichtiger Wettbewerbsfaktor. Das Abschalten eines Teils der AKWs in Deutschland hat zu einer Erhöhung der Strompreise um 15 Prozent geführt. Auch die Schweiz ist vor allem in Wintermonaten, wenn über 15 Prozent des Strombedarfs importiert werden muss, vom europäischen Strommarkt abhängig. Wenn sämtliche Kernkraftwerke vom Netz gehen müssten und die Lieferverträge mit Frankreich nicht mehr zur Verfügung stehen, würde unser Land im Winterhalbjahr lediglich noch einen Selbstversorgungsgrad von weniger als 40 Prozent erreichen.

Die Schweizer Wirtschaft, KMU sowie Grossunternehmen, stehen in einem harten internationalen Wettbewerb. Erhebliche Strompreiserhöhungen oder gar Stromunterbrüche würden die Konkurrenzfähigkeit und somit die Arbeitsplätze der Schweiz massiv beeinträchtigen. Dies gilt umso mehr, als unsere Unternehmen heute schon mit dem stark aufgewerteten Frankenkurs zu kämpfen haben. Steigen die Strompreise lediglich um 30 Prozent (etwa drei Rappen pro Kilowattstunde), bewirkt dies allein für die Industrie Mehrkosten von über einer halben Milliarde Franken pro Jahr. Arbeitsplatzabbau und Verlagerungen energieintensiver Betriebe wären die weiteren Folgen. Für die gesamte Wirtschaft würden die Kosten schätzungsweise um gegen eine Milliarde Franken steigen.

Im Interesse unserer Unternehmen und ihrer Arbeitsplätze stehen aus Sicht der Wirtschaft folgende Punkte im Zentrum:

- Die sichere, zuverlässige, wettbewerbsfähige und umweltfreundliche Stromversorgung darf bei den anstehenden energiepolitischen Entscheiden mit Rücksicht auf unsere Unternehmen und ihre Arbeitsplätze nicht aufs Spiel gesetzt werden.
- Weil sich in Westeuropa gravierende Probleme bei der Stromversorgung abzeichnen, muss auch in Zukunft eine weitgehend autonome Versorgung sichergestellt werden.
- Um die Energieversorgung langfristig sicherzustellen, die Massnahmen optimal aufeinander abzustimmen sowie keine Präjudizien zu schaffen, muss eine Gesamtenergiestrategie entwickelt werden. Dafür ist genügend Zeit einzuplanen.

- Selbstverständlich unterstützt die Wirtschaft mit Entschlossenheit weiterhin Massnahmen zum Sparen, zur Effizienzsteigerung (allein im Rahmen der Energieagentur der Wirtschaft konnten Energieeinsparungen von knapp 20 Prozent erzielt werden), sowie zur Weiterentwicklung der erneuerbaren Energien wie Wind, Sonne, Biomasse, Geothermie und Wasserkraft. Dabei müssen jedoch marktwirtschaftliche Lösungen anstelle einer kostenträchtigen Subventions- und Abgabenspirale im Vordergrund stehen. Ebenso sind für den Ausbau von Wind- und Wasserkraft bestehende Blockaden abzubauen.
- Angesichts der unmissverständlichen Fakten in Sachen Stromversorgung muss, insbesondere mit Blick auf die technologische Entwicklung, auch die Option Kernenergie aufrechterhalten werden. Die eingeleiteten Bestrebungen zur Gewährleistung der grösstmöglichen Sicherheit für Mensch und Umwelt sind zu unterstützen. Eine vorzeitige Ausserbetriebnahme der AKWs wäre aus Sicht der Schweizer Wirtschaft nicht tragbar. Über einen allfälligen Ausstieg aus der Kernenergie kann erst entschieden werden, wenn sichere, zuverlässige, wettbewerbsfähige und umweltfreundliche Kompensationsmöglichkeiten zur Verfügung stehen.
- Zur Vermeidung einer Versorgungslücke sind Gaskombikraftwerke als Übergangslösung zu ermöglichen. Damit verbunden ist die entsprechende Anpassung des CO₂-Gesetzes mit der nötigen Flexibilität Inland/Ausland.

Trotz der aktuell herrschenden Verunsicherung sind energiepolitische Schnellschüsse, die der schweizerischen Wirtschaft, aber auch unseren klimapolitischen Zielen schweren Schaden zufügen, unbedingt zu vermeiden. Die Schweizer Wirtschaft setzt sich entschlossen für langfristige Lösungen ein, die die Stromversorgung für Mensch und Umwelt noch sicherer machen, jedoch auch für Bevölkerung und Wirtschaft tragbar sind.

Medienkonferenz „Energiepolitik: Fakten und Forderungen der Schweizer Wirtschaft“
Dienstag, 17. Mai 2011

Es gilt das gesprochene Wort

Für eine sichere und umweltfreundliche Energiepolitik

Referat von Bruno Zuppiger, Präsident Schweizerischer Gewerbeverband

Sehr geehrte Damen und Herren

Der Schweizerische Gewerbeverband sgv setzt sich für eine sichere, selbstständige, CO₂-neutrale und möglichst günstige Stromversorgung ein. Ein weiteres Anliegen ist ihm der klimaschonende und effiziente Umgang mit allen Energieträgern. Der sgv anerkennt die durch den Klimawandel verursachten Herausforderungen an die Gesellschaft. Deshalb befürwortet er eine 20 prozentige Reduktion des CO₂ Ausstosses bis 2020, wobei dieses Ziel mit Massnahmen im Inland und im Ausland zu je 50 Prozent erreicht werden muss.

Für den Schweizerischen Gewerbeverband sgv steht die Frage der Stromproduktion immer im Zusammenhang mit der gesamten Umwelt- und Energiepolitik. Dies bedeutet, dass die Energiepolitik stets die Realisierung der CO₂-Ziele begünstigen muss. Die Umweltpolitik muss ihrerseits einen effizienten, innovativen, aber auch ausreichenden und günstigen Energieeinsatz bewirken. Für die KMU-Wirtschaft ist es deshalb unerlässlich, dass die Thematik gesamtheitlich angegangen wird.

In erster Linie muss alles daran gesetzt werden, dass die Energieeffizienz erhöht werden kann. Wenn in der Schweiz rund 1,5 Millionen Gebäude energietechnisch sanierungsbedürftig sind, pro Jahr aber nur etwa ein Prozent davon saniert werden, erkennt man rasch, wo der Hebel angesetzt werden muss. Gleichzeitig würde hier ein gewaltiges Auftragsvolumen für unsere KMU-Wirtschaft – insbesondere in der Bau- und Cleantechbranche – entstehen.

Als liberaler Dachverband der Schweizer KMU-Wirtschaft setzen wir selbstverständlich in erster Linie auf marktwirtschaftliche Anreize und nicht auf interventionistische staatliche Vorschriften und Regulierungen.

Im Vordergrund stehen für den sgv folgende Massnahmen:

1. Die steuerliche Absetzbarkeit von Investitionen in Gebäude, die auf einen hohen energetischen Standard abzielen.
2. Die steuerliche Begünstigung bei der Bewertung von Gebäuden, die einen hohen Effizienzwert ausweisen.

3. Ein Mietrecht, das dem Investor erlaubt, die durch die Erhöhung der Energieeffizienz des Gebäudes erzielten Einsparungen bei den Betriebskosten als zusätzliche Amortisation zu behalten, ohne die Mieter zu benachteiligen.
4. Raschere Bewilligungsverfahren, liberalere Bauvorschriften und eine Vereinfachung der Baunormen.

Zudem verlangen wir Vereinfachungen für die Bewilligungen von Klein- und Grossprojekten in Photovoltaik, solarer Wärme, Holzenergie, Geothermie, Biomasse, Windkraft, Wasserkraft und Ähnliches sowie eine steuerliche Begünstigung von Investitionen in neuen erneuerbaren Energien.

Eine Vergrösserung des Anteils der erneuerbaren Energien am Schweizer Strommix hat den erwünschten Nebeneffekt, eine dezentralere und dafür sicherere, selbstständige Stromversorgung aufzubauen, die erst noch umweltschonend ist. Die Investitionen in neue erneuerbare Energien lohnen sich jedoch nur, wenn die Energieinfrastruktur entsprechend angepasst wird. Dies bedingt

- eine Erhöhung der Effizienz der Verteilnetzbetreiber durch eine Regulierung, die innovative Investitionen anreizt,
- den Bau intelligenter Stromnetze und
- den Ausbau der Pumpspeicherkraftwerke und neue Energiespeichertechnologien.

Dass die Schweizer Wirtschaft als Stütze des Wohlstands und der Wohlfahrt unseres Landes sowie als international wettbewerbsfähiger Exporteur eine sichere Versorgung mit möglichst günstiger Energie benötigt, steht für den sgV ausser Frage. Entsprechend seiner strategischen Zielsetzungen befürwortet der Gewerbeverband den Ersatz der notwendigen Kernkraftwerke. Diese neuen Herausforderungen bieten unserer KMU-Wirtschaft wichtige Chancen, die sie nicht verpassen darf, wenn sie im In- und Ausland konkurrenzfähig bleiben will.

Medienkonferenz „Energiepolitik: Fakten und Forderungen der Schweizer Wirtschaft“

Dienstag, 17. Mai 2011

Es gilt das gesprochene Wort

Versorgungssicherheit ist für die Industrie zentral

Referat von Hans Hess, Präsident Swissmem

Sehr geehrte Damen und Herren

Gerne lege ich Ihnen den Standpunkt der Maschinen-, Elektro- und Metallindustrie, kurz MEM-Industrie, in der aktuellen Diskussion rund um die künftige Strompolitik dar.

MEM-Industrie in allen Bereichen der Stromerzeugung tätig

Um eines vorweg klar festzuhalten: Unsere Branche hat kein Eigeninteresse an einer bestimmten Form der Stromerzeugung. Alle unsere Firmen sind Verbraucher von elektrischer Energie, sie sind für ihre Geschäftsprozesse auf diese angewiesen. Einige unserer Industrieunternehmen sind zudem Technologielieferanten für alle Arten von Stromerzeugung: Wir produzieren Gaskombikraftwerke, wir stellen Turbinen für Wasser- und Kernkraftwerke her, wir liefern Komponenten für Windkraftanlagen, wir sind in der Solarindustrie tätig. Und auch in der Geothermie oder in Biogasanlagen werden industrielle Produkte aus unserer Branche eingesetzt.

Aber nicht nur dies: Unsere Unternehmen sind auch in der Stromübertragung engagiert und viele unserer Firmen stellen Produkte her, die eine effizientere Energienutzung erlauben und damit einen Beitrag zur Senkung des Verbrauchs leisten. Dazu gehören nicht nur intelligente Steuerungen aller Art, beispielsweise Gebäudeautomation, sondern auch energieeffiziente Maschinen und vieles mehr.

Meine Damen und Herren, aus den kurzen Ausführungen erkennen Sie rasch, wie breit aufgestellt unsere Industrie ist. Immer wenn es irgendwie um Strom geht, sei es in der Produktion, in der Übertragung oder im effizienten Verbrauch, sind wir mit unseren Produkten im Sinne von Problemlösern „mit an Bord“. In der Diskussion um die künftige Stromerzeugung wollen wir auf ein Risiko hinweisen, welches in den aktuellen „Grabenkämpfen“ stark unterschätzt wird: die Versorgungssicherheit.

Wichtiger Standortfaktor für die MEM-Industrie: Versorgungssicherheit

Für die MEM-Industrie ist Strom ein wichtiger Produktionsfaktor, um unter anderem die oben genannte breite Produktpalette überhaupt herstellen zu können. Was wir hierzu in erster Linie und ohne Einschränkungen brauchen, ist Versorgungssicherheit. Unter Versorgungssicherheit versteht man die dauernde Aufrechterhaltung der Netzstabilität, die es ermöglicht, zu jedem Zeitpunkt die gewünschte Menge Energie beziehen zu können. Bricht das Netz, aus welchen Gründen auch immer, zusammen,

dann wird die Stromversorgung unterbrochen. Ein Stromunterbruch führt zu direkten Produktionsausfällen in unseren Unternehmen und hat daher für die Industrie gravierende Auswirkungen. Aus Sicht der Schweiz ist die beste Vorkehrung für eine möglichst hohe Versorgungssicherheit die gute Einbettung in den europäischen Strommarkt bei gleichzeitiger Sicherstellung ausreichender Stromerzeugungskapazitäten im Inland. Liegt nämlich die Ursache von Netzstörungen oder Produktionsausfällen im Ausland, dann sind ausreichende Erzeugungskapazitäten im Inland erforderlich, um nicht von einem Versorgungsunterbruch, der irgendwo in Europa ausgelöst worden ist, in Mitleidenschaft gezogen zu werden. Mit anderen Worten: Versorgungssicherheit erfordert, dass Stromproduktion und -verbrauch geografisch eng beieinander liegen. Das bedeutet eine klare Absage an jegliche Strompolitik, die auf strukturellen Stromimportüberschüssen aufbaut. Wenn wir von Kernkraftwerken und deren allfälliger vorzeitiger Ausserbetriebsetzung sprechen, dann fehlen grosse Mengen an Bandenergie, die es zu ersetzen gilt. Was sind realistische Alternativen zu Kernkraftwerken?

Alternativen zu Kernkraftwerken

Da für die Industrie die Versorgungssicherheit absolut im Vordergrund steht und da wir diesen Strom primär selber herstellen wollen, kommen im Moment zwei Alternativen nicht infrage, um die allenfalls wegfallenden Stromerzeugungskapazitäten in der Grundlast zu ersetzen:

- Erhöhung der Stromimporte (wie eben ausgeführt).
- Strom aus stochastischer Erzeugung: Sonne und Wind mögen in anderen Weltgegenden einen zunehmend wichtigeren Beitrag in der Stromerzeugung leisten, keine Frage. Unsere Industrie ist in der Herstellung und im Export dieser Produkte ja auch stark engagiert. Aber die Schweiz selber ist weder ein Sonnen- noch ein Windland. Leider gibt es bei uns viele Tage im Jahr ohne Sonne und ohne Wind. Beide Technologien sind im Schweizer Klima nicht geeignet, um grosse Mengen Bandenergie adäquat ersetzen zu können. Wir unterstützen dennoch alle Anstrengungen zur weiteren Erforschung von alternativen Methoden zur Energieerzeugung.

Somit verbleiben auf der Grundlage der heutigen Technik folgende Alternativen zu Kernkraftwerken: Wasserkraftwerke, Gaskombikraftwerke, Ölkraftwerke, Kohlekraftwerke. Ich muss es nicht im Detail ausführen - auch diese Formen der Stromerzeugung sind mit bedeutenden Implikationen verbunden. Wasserkraftwerke im grösseren Stil wird man in der Schweiz kaum mehr bauen können. Der Betrieb von Gaskombi-, Öl- oder Kohlekraftwerken würde zu einer massiven Erhöhung des CO₂-Ausstosses führen, was klimapolitisch nicht erwünscht ist. Lassen Sie mich, nebenbei bemerkt, noch Folgendes festhalten: Es ist nicht so, dass die MEM-Industrie selber Jahr für Jahr mehr Energie verbrauchen würde. Im Gegenteil. Der Gesamtenergieverbrauch unserer Branche lag 2010 um rund 40 Prozent tiefer als im Jahr 1990. In ähnlicher Grössenordnung, nämlich um 37 Prozent, ist auch der Stromverbrauch unserer Industrie zurückgegangen. Und was die CO₂-Emissionen der MEM-Industrie anbelangt, haben sich diese seit 1990 nahezu halbiert.

Fazit: Position von Swissmem in der Strompolitik

Ich komme zum Schluss meiner Ausführungen und möchte die Position von Swissmem wie folgt zusammenfassen:

- Die künftige Strompolitik darf keine Abstriche an der Versorgungssicherheit machen. Wir brauchen auch in Zukunft genügend inländisch produzierten Strom. Eine Politik, die auf strukturellen Stromimportüberschüssen aufbaut, kommt für die Industrie nicht in Frage. In der Produktion von Bandenergie gibt es durchaus Alternativen zu Kernkraftwerken, aber auch diese haben ihre insbesondere klimapolitischen Nachteile, die es in der Diskussion unbedingt zu berücksichtigen gilt. Als Industrie wollen wir deshalb, dass die Schweiz auch künftig an der Option Kernenergie festhält. Zumindest so lange, bis ein gangbarer Weg gefunden worden ist, der die notwendigen Stromkapazitäten, die Versorgung und die Unabhängigkeit vom Ausland sicherstellt.

Medienkonferenz „Energiepolitik: Fakten und Forderungen der Schweizer Wirtschaft“
Dienstag, 17. Mai 2011

Es gilt das gesprochene Wort

Höhere Preise beeinträchtigen den Produktionsstandort Schweiz

Referat von Magdalena Martullo-Blocher, VR-Delegierte Ems-Chemie

Sehr geehrte Damen und Herren

Die führende Exportbranche der Schweiz

Die chemisch-pharmazeutische Industrie der Schweiz umfasst rund 250 Unternehmen. Sie repräsentiert mit einem Anteil von 37 Prozent an allen Ausfuhren die grösste Exportbranche der Schweiz und liefert pro Jahr Waren für rund 75 Milliarden Franken. in die ganze Welt. 98 Prozent der in der Schweiz hergestellten Waren werden ins Ausland verkauft. Das seit 1990 realisierte Produktionswachstum von durchschnittlich rund 15 Prozent pro Jahr stellt im schweizerischen Branchenvergleich einen Spitzenwert dar. Mit ihrem Anteil von 44 Prozent an den in der Schweiz getätigten privaten Forschungsausgaben (7,1 Milliarden Franken pro Jahr) bildet die chemisch-pharmazeutische Industrie einen entscheidenden Grundpfeiler für den Forschungsplatz Schweiz. Die gesamte Lohnsumme in der Schweiz beträgt über 6 Milliarden Franken pro Jahr.

Strom – ein unverzichtbarer und kostenrelevanter Produktionsfaktor

Die chemisch-pharmazeutische Industrie gehört zu den industriellen Grossverbrauchern von elektrischer Energie. Die Steigerung der Energieeffizienz hat für die gesamte Branche aus wirtschaftlichen und ökologischen Gründen eine grosse Bedeutung. So konnte mittels freiwilligen Anstrengungen der Stromverbrauch seit 1990 annähernd stabil gehalten und die CO₂-Emissionen konnten absolut um über zehn Prozent gesenkt werden - dies bei einem gleichzeitigen Produktionswachstum von rund 15 Prozent pro Jahr. In diesem Sinne wurde bis 2020 eine weitere Senkung der CO₂-Emissionen um 10 Prozent (insgesamt minus 20 Prozent seit 1990) in Aussicht gestellt.

Um den Werkplatz Schweiz und die Beschäftigung in der Industrie langfristig zu sichern, fordert SGCI Chemie Pharma Schweiz von der schweizerischen Energiepolitik eine konsequent marktwirtschaftliche Ausrichtung.

Dabei stehen zwei Aspekte im Vordergrund:

1. Günstiger Strompreis

Der Strompreis ist bei der Herstellung der hochwertigen Produkte ein relevanter Kostenfaktor. Eine Erhöhung um einen Rappen pro Kilowattstunde entspricht einer Lohnsummenerhöhung von 0,5 Prozent in der chemisch-pharmazeutischen Industrie. Diese steht im internationalen Wettbewerb. Von einer zusätzlichen Verteuerung der bereits durch den hohen Frankenkurs stark angestiegenen Produktionskosten ist abzusehen. Ein Wechsel auf deutlich teurere Energieformen oder eine erneute Erhöhung der kostendeckenden Einspeisevergütung (KEV) beeinträchtigen den Produktionsstandort Schweiz. Erneuerbare Energien haben sich am freien Markt ohne Subventionen durchzusetzen.

2. Versorgungssicherheit

Die jederzeit gesicherte und störungsfreie Verfügbarkeit von elektrischer Energie in ausreichenden Mengen ist eine unabdingbare Voraussetzung für den Werkplatz Schweiz. Die Verfügbarkeit von Primärenergien und Stromproduktionsanlagen in räumlicher Nähe zum Verbrauch, ausreichende Verteilnetze sowie ein Strommanagement, das sich an den Bedürfnissen der Kunden orientiert, sind von entscheidender Bedeutung. Jeder Stromunterbruch ist kostspielig!

Medienkonferenz „Energiepolitik: Fakten und Forderungen der Schweizer Wirtschaft“

Dienstag, 17. Mai 2011

Es gilt das gesprochene Wort

Keine politischen Schnellschüsse

Referat von Frank R. Ruepp, Präsident IG Energieintensive Branchen

Sehr geehrte Damen und Herren

Wer ist die IGEB?

In der im Jahr 1997 gegründeten IG Energieintensive Branchen (IGEB) sind die Verbände der Papier-, Glas-, Zement- und Ziegelindustrie sowie repräsentative Einzelunternehmen der Stahl-, Metall-, Span- und Faserplatten, Chemie- und Chemiefaser- sowie Textilindustrie organisiert. Sie beschäftigen direkt rund 10'000 Mitarbeitende, weitere 25'000 Arbeitsplätze sind indirekt von der Existenz dieser Basisindustrien abhängig. Die IGEB-Firmen repräsentieren rund sechs Prozent des Stromnettoverbrauchs der Schweiz und erfüllen die wichtige volkswirtschaftliche Funktion als „Recycler und Entsorger der Nation“ (Altpapier, Altmetall, Altglas, Schlämme usw.). Der Energiekostenanteil an der Bruttowertschöpfung dieser Firmen liegt bei mindestens zehn Prozent.

Fakten zu IGEB-Firmen

- Der Stromverbrauch der IGEB-Firmen von über 3'600'000'000 kWh/Jahr entspricht dem Stromverbrauch von etwa 800'000 Haushalten.
- Der Strompreis ist für die IGEB-Firmen von existenzieller Bedeutung; ihre Stromkosten sind zum Teil höher als die Personalkosten.
- Eine Strompreiserhöhung um einen Rappen pro kWh bedeutet für die IGEB Firmen Mehrkosten von 36 Millionen Franken - dies entspricht den Kosten von über 400 direkten Arbeitsplätzen.
- Die Strompreise für energieintensive Branchen sind nach der verunglückten „Strommarktliberalisierung“ im Vergleich zum Ausland nicht mehr konkurrenzfähig, da im Ausland Industriepolitik betrieben wird (z.B. Frankreich: insgesamt bis zu 30 Prozent tiefere Strompreise).
- Die IGEB-Firmen verarbeiten über 750'000 Tonnen Reststoffe und sind die „Recycler der Nation“.
- Die IGEB-Firmen haben ihre Hausaufgaben im Umweltbereich gemacht und sind von der CO₂-Abgabe befreit (Zielvereinbarung mit der Energieagentur der Wirtschaft, EnAW).

Position der IGEB

- Keine politischen Schnellschüsse in der Energie- und Klimapolitik, die die Konkurrenzfähigkeit des Werkplatzes Schweiz und somit Arbeitsplätze gefährden. Kein kurzfristiges Abschalten von AKWs. Keine CO₂-Kompensation ausschliesslich im Inland.
- Die Kernenergie muss für den künftigen Stromproduktionsmix eine Option bleiben.
- Der Bau von Gaskombikraftwerken ist politisch zu ermöglichen (CO₂-Kompensation).
- Den besonderen Bedürfnissen der energieintensiven Branchen ist Rechnung zu tragen.

Fazit:

Sollen diese Basisindustrien in der Schweiz und damit Arbeitsplätze erhalten bleiben, so sind im Energiebereich konkurrenzfähige Strompreise ohne Abgaben und Steuern für die energieintensiven Branchen dringend und zwingend nötig.